

FWK Walter Wortmann
Rathaus Spanischer Bau,
Raum A 205
50667 Köln

Tel. 0221 / 221-23840

Fax 0221 / 221-28770

E-Mail Walter.Wortmann@stadt-koeln.de

An die Vorsitzende
des Ausschusses Kunst und Kultur
Frau Dr. Eva Bürgermeister

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker,

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 01.06.2016

AN/1009/2016

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Kunst und Kultur	14.06.2016

Standorte und Verantwortliche für Archäologische Zone / ehem. Jüdisches Museum

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

ich bitte folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur zu setzen:

Das Projekt Archäologische Zone/N.N. ehemals Jüdisches Museum ist eines der desaströsen Bauprojekte der Stadt Köln. Es unterscheidet sich von Bühnenensemble und Kalkberg-Bau aber dadurch, dass bereits vor Beginn der Baumaßnahmen signifikante Kostensteigerungen (insbesondere des eigentlichen Museumsbaus) feststanden.

Von ursprünglich € 13 Mio. für die Archäologische Zone (wovon das Land € 10 Mio. übernehmen wollte) und € 15 Mio. für das damals noch großzügig geplante Jüdische Museum (die ein privater Förderverein ohne städtischen Zuschuss finanzieren wollte), sickerte 2012/2013 ein Betrag von € 52.0 Mio durch, und inzwischen reden wir über € 63 Mio. – wohlgemerkt, ohne dass ein offizieller Baubeginn des Hochbaus erfolgt wäre.

Dafür erfuhren der geplante Baukörper und das Ausstellungskonzept erstaunliche Metamorphosen. Der anfangs über einen Architektenwettbewerb geplante museale Hochbau (ehem. JM) wurde reduziert, und auf die vorgesehene Nutzfläche mit Eingang vom Altermarkt im Historischen Rathaus hat man aufgrund von „Sparmaßnahmen“ verzichtet.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext das Phänomen des „alternierenden Haupteingangs“. Anfangs direkt und ebenerdig am Hochbau auf dem Rathausplatz angedacht, kam die Variante Zugang Muschelsaal vom Altermarkt durch das Historischen Rathaus, und nun - nach

den uns bekannten Planänderungen aus dem vergangenen Jahr - soll der interessierte Museumsbesucher das museale Gebäude – ohne Um- oder Unterwege – wieder vom Rathausplatz aus betreten können.

Eine weitere Kehrtwende zeichnet sich beim zukünftigen Betreiber, dem Landschaftsverband Rheinland (LVR), ab: Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, regt mit Schreiben vom 2.3.2016 an Oberbürgermeisterin Henriette Reker an, nicht wie beabsichtigt das Haus Neuerburg für Vortragssaal, Museumspädagogik und Verwaltung zu nutzen, sondern diesbezüglich auf den "Ratskeller" zurückzugreifen. Er fürchtet eine "dysfunktionale Verteilung des Museums auf drei Standorte" und plädiert gegen eine aufwendige Umnutzung des Hauses Neuerburg.

Soweit die Genese von 2008 bis 2016:

Vor diesem Hintergrund fragen die Freien Wähler Köln die Verwaltung:

1. Wie sehen die Überlegungen der Verwaltung zum dritten Standort des Projekts, neben dem Standort des Hochbaus (ehem. JM) auf dem Rathausplatz mit der Archäologischen Zone und der geplanten Unterbringung von Vortragssaal, Museumspädagogik und der Verwaltung im Haus Neuerburg aus?
2. Welcher Art sind die Kostenkalkulationen, auf deren Grundlage die Verwaltung eine Entscheidungsgrundlage für die Alternative des LVR „Ratskeller statt Haus Neuerburg“ - Schreiben vom 2.3.2016 - erarbeitet?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Gesamtkosten des Projekts in Höhe von rund 62 Mio. € unter dem Aspekt der erhöhten Grabungskosten (ca. € 4-5 Mio), der ungeklärten Standortfrage und steigender Baukosten eingehalten werden - sowie die Finanzierung der von der Stadt Köln dem LVR vertraglich zugesicherten Auszahlungen der jährlich zu erwartenden Deckungslücken (Unterdeckung aus Summe der Unterhalts- und Betriebskosten vs. Eintrittsgelder)?
4. Woran liegt es, dass angesichts des Vorhandenseins zahlreicher Koordinierungsgremien wie z.B. dem Lenkungsausschuss oder dem Unterausschuss Kulturbauten, Fragen zum Komplex und insbesondere zur Standortverteilung im jetzigen Stadium des Projektfortschritts zwischen dem Landschaftsverbandsvorsitzenden und der Oberbürgermeisterin in Briefform erörtert werden müssen?
5. Kann die Verwaltung für das Projekt unterhalb der Ebene der Oberbürgermeisterin eine Gesamtverantwortliche bzw. einen Gesamtverantwortlichen benennen, die/der die Bauherrenfunktion ausübt und für ihre/seine Entscheidungen haftet?

Mit freundlichen Grüßen

Walter Wortmann
Freie Wähler Köln